

Fraktions-Briefing

Zeit der Beratungen und Entscheidungen im Bundestag

Diese arbeitsreiche Sitzungswoche steht ganz im Zeichen zahlreicher Beratungen und Entscheidungen im Deutschen Bundestag: **Es werden 45 Gesetze in der ersten Lesung beraten und sechs Gesetze abgeschlossen.**

Aktuelle Stunde zum Gedenken an das Hamas-Massaker des 7. Oktober und den Chancen um Frieden im Nahen Osten

Am 7. Oktober vor zwei Jahren fand das Massaker der Hamas statt – rund 1.200 Menschen wurden brutal ermordet, etwa 250 als Geiseln verschleppt. Noch immer befinden sich Geiseln in der Gewalt der Hamas, darunter auch deutsche Staatsangehörige. Es war das schlimmste Verbrechen an Juden seit dem Holocaust. Deshalb bekräftigen wir in einer Aktuellen Stunde unsere volle Solidarität mit Israel und sein Recht auf Selbstverteidigung. Dieser Tag erinnert auch an die Bilder jubelnder Menschen hier in Deutschland. Bis heute wird der Terror relativiert. Zustände, die wir in unserem Land nicht akzeptieren wollen und nicht akzeptieren werden. Israel hat sich zu Recht zur Wehr gesetzt, will zu Recht das islamistische Terrorregime besiegen und die Geiseln befreien. Gleichzeitig wächst durch die Initiative des US-Präsidenten Donald Trump die vorsichtige Hoffnung auf einen Friedensprozess und ein Ende des Krieges in Gaza. Unser Ziel bleibt dabei klar: eine politische Lösung, in der Israelis und Palästinenser in Frieden, Sicherheit und gegenseitiger Anerkennung nebeneinander leben können.

35 Jahre Deutsche Einheit

Unser Koalitions-Antrag „**35 Jahre Deutsche Einheit**“ erinnert an die Friedliche Revolution in der DDR und den Fall der Mauer vor 35 Jahren. Beides hat dazu geführt, dass die Teilung unseres Landes überwunden werden konnte. Dieses Ereignis gehört zu den glücklichsten der deutschen Geschichte. Gleichzeitig würdigen wir die Opfer der SED-Diktatur und von staatlicher Willkür sowie den mutigen Widerstand von Menschen im Unrechtsstaat der DDR. Noch heute leiden viele an den Folgen von Verfolgung, Zersetzung und Repression. Wir richten insgesamt zwölf Forderungen im Rahmen des Koalitionsvertrages an die Bundesregierung, mit denen insbesondere die Erinnerung an Diktatur und Teilung gestärkt sowie Lücken in der Aufarbeitung der DDR-Diktatur geschlossen werden sollen. Uns als Union lässt die Erfahrung jahrzehntelanger Teilung und der geglückten Überwindung der kommunistischen Diktaturen in ganz Europa denen zur Seite stehen, die noch immer oder wieder um ihre Freiheit kämpfen.

Anreize für illegale Migration weiter reduzieren

Mit den Entscheidungen zur **Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts beenden wir die sog. „Turboeinbürgerungen“**. Dies ist ein weiterer Baustein, um Anreize und Auswirkungen illegaler Migration nachhaltig zu reduzieren.

Die **GEAS-Anpassungsgesetze** enthalten die notwendigen Anpassungen des nationalen Rechts in der Zuständigkeit des Bundes an die Vorgaben der GEAS-Reform (Gemeinsame Europäische Asylsystem). Anzupassen sind insbesondere das Asylgesetz und das Aufenthaltsgesetz. Über die GEAS-Umsetzung hinaus enthält das GEAS-Anpassungsgesetz auch Regelungen zu Asylverfahren an Flughäfen noch vor der Einreise im Rechtssinne sowie zu Aufnahmeeinrichtungen zur Unterbringung von Personen in Verfahren bei Sekundärmigration (Dublin-Fälle und Personen, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat internationalen Schutz erhalten haben).

CSA-Verordnung: Keine anlasslose Kontrolle digitaler Kommunikation

Unsere Position ist klar: Mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird es keine anlasslose Kontrolle digitaler Kommunikation geben. **Beratungen zur CSA-Verordnungen finden aktuell in Europa** zwischen Rat, Kommission und Parlament statt. Die Entscheidung liegt nicht beim Deutschen Bundestag, maßgeblich bleibt eine starke Ende-zu-Ende-Verschlüsselung mit dem Ziel, **Kinder wirksam zu schützen**. Dazu haben wir diese Woche den Büros einen **Mustertext zur Verfügung** gestellt.

Mit dem Bau-Turbo schneller mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wohnen ist die neue soziale Frage, egal ob in Städten oder ländlicheren Gegenden, ob für Familien oder Alleinstehende – bezahlbarer Wohnraum ist schwierig zu finden. **Mit dem sog. „Bau-Turbo“** (Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung) wird den Gemeinden ermöglicht, von aufwändigen und kostentreibenden Vorschriften des Baugesetzbuches abzuweichen. Der Bau von Wohnungen soll dadurch deutlich beschleunigt und kostengünstiger werden. Wir haben dafür gesorgt, dass der Bau-Turbo für alle Wohnungsbauvorhaben gilt, egal ob man ein Einfamilienhaus oder Wohnhäuser mit mehreren Wohneinheiten bauen möchte. Das ist uns wichtig, denn Kommunen vor Ort wissen selbst am besten, durch welche Gebäude der Bedarf an Wohnraum bei ihnen am besten gedeckt werden kann.

Wir machen einen Unterschied im Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger

In 1. Lesung wird das **Steueränderungsgesetz 2025** beraten: Dieses enthält die **Erhöhung der Pendlerpauschale** dauerhaft auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer sowie die **Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie** ab dem 1. Januar 2026. Auch werden die **Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale auf 3.300 Euro bzw. 960 Euro erhöht**, um Anreize für stärkeres bürgerschaftliches Engagement zu schaffen.

Mit der Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückerstattung werden wir land- und forstwirtschaftliche Unternehmen bei den Energiepreisen – wie versprochen – wieder spürbar entlasten (1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Aufhebung der Freizone Cuxhaven und zur Änderung weiterer Vorschriften).

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessern

In dieser Woche bringen wir zwei Gesetze zur Entlastung der **Energiekosten** in den Bundestag ein. Mit dem Gesetz zur Änderung des **Energiesteuer- und des**

Stromsteuergesetzes senken wir die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und entlasten insbesondere den industriellen Mittelstand. Zudem regeln wir gesetzlich, dass die **Übertragungsnetzentgelte** durch einen **Zuschuss** aus dem Bundeshaushalt gesenkt werden. Der Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten entlastet Unternehmen und Verbraucher. Ab 2026 werden damit die Stromkosten um 6,5 Milliarden Euro pro Jahr gesenkt – in den nächsten vier Jahren um insgesamt 26 Milliarden Euro.

Mit der Bekämpfung von Schwarzarbeit mehr Gerechtigkeit

Mit der 1. Lesung des **Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung** sorgen wir für eine stärkere Kontrolle von Schwarzarbeit, Steuerbetrug und Geldwäsche. So sollen beispielsweise **neue Brennpunkte der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung in den Fokus rücken**. Dazu zählen zum Beispiel Barbershops, Nagelstudios und andere Geschäfte, bei denen nicht nur Schwarzarbeit, sondern auch Geldwäsche und möglicherweise Strukturen der organisierten Kriminalität zu beobachten sind. Außerdem wird eine Grundlage für **digitale Prüfungen** der Finanzkontrolle Schwarzarbeit geschaffen.

Stärkung des internationalen Handels- und der Wirtschaftsbeziehungen

Zur Stärkung des internationalen Handels- und der Wirtschaftsbeziehungen beraten wir mehrere Gesetzentwürfe zu **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** zwischen der Europäischen Union und verschiedenen afrikanischen Staaten in erster Lesung, unter anderem mit südafrikanischen Staaten, mit Ghana und der Elfenbeinküste. Dies dient dazu, Handel zu erleichtern, Märkte zu öffnen, Investitionen zu fördern und eine schrittweise Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft zu ermöglichen.

Mit den **EU-Investitionsschutzabkommen mit Singapur und Vietnam** wollen wir die wirtschaftlichen Beziehungen zur dynamischen Region Südostasien stärken und bringen die Ratifizierungsgesetze ein. Die Abkommen tragen zu mehr Planungssicherheit für Unternehmen bei und fördern Handel und Investitionen. Gerade in Zeiten der geoökonomischen Unsicherheiten können so die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert und ein Signal für Freihandel an die internationalen Partner gesendet werden. Hohe und präzise Schutzstandards für Investitionen und ein reformiertes Streitbeilegungsverfahren jeweils nach EU-Standards sind auch in den Abkommen vereinbart.

Weitere Maßnahmen

Mit einem Bündel von Gesetzesabschlüssen **stärken wir die finanzielle Situation von Ländern und Kommunen** in dieser Woche:

- 2./3. Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung von Artikel 109 Absatz 3 Satz 6 und Satz 7 des Grundgesetzes
- 2./3. Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen Länder- und Kommunalinfrastukturförderungsgesetz (LuKiFG)

- 2./3. Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Sanierungshilfengesetzes

Mit der am 25. März 2025 in Kraft getretenen Modifizierung der Schuldenbremse erhalten die **Länder nun einen strukturellen Verschuldungsspielraum in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts**. Die Möglichkeit einer strukturellen Neuverschuldung entspricht den besonderen Finanzbedarfen der Länder, die unabhängig von der konjunkturellen Lage und außergewöhnlichen Notsituationen bestehen. Des Weiteren schaffen wir die rechtlichen **Grundlagen, um den Ländern und Kommunen 100 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen für Investitionen** zur Verfügung zu stellen.

Alle Erneuerbaren Energieträger nutzen, bessere Rahmenbedingungen für den Einsatz von Geothermie schaffen: Mit dem **Geothermiebeschleunigungsgesetz** (1. Lesung) wollen wir den Ausbau klimafreundlicher Wärmeversorgung schneller, einfacher und unbürokratischer vorantreiben. Damit erleichtern wir für Wirtschaft und Industrie und Kommunen, was auch einer nachhaltigen Wärmeversorgung dient.

Mit dem **Gesetz zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge** (1. Lesung) soll die öffentliche Vergabe einfacher, schneller, flexibler und digitaler werden. Und mit dem **Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr** (1. Lesung) beschleunigen wir die Beschaffung zur Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit. Es soll die Rahmenbedingungen für die Beauftragung der Rüstungsindustrie verbessern und so einen Beitrag dazu leisten, einen zügigen Materialzulauf für unsere Streitkräfte sicherzustellen. Die erste Lesung dieser Gesetze findet in dieser Woche statt.

Das **Tariftreuegesetz** (1. Lesung), das Teil des Koalitionsvertrages und des Sofortprogramms ist, haben wir in der ersten Lesung: Die Berichterstattergespräche, in denen wir unsere Anliegen einbringen, laufen bereits.

Mit dem Gesetz über die **Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistenten-ausbildung** (2/3. Lesung) wird endlich eine einheitliche generalistische Ausbildung zur Pflegefachassistentin geschaffen. Diesem neuen Berufsprofil sind künftig mehr Aufgaben im Bereich der medizinischen Behandlungspflege zugewiesen. So entlasten wir Pflegefachpersonen. Gleichzeitig sichern wir der Arbeitskräftebasis und die Attraktivität und Qualität in der Pflege.

Zitate der Woche:**Jens Spahn:**

„Statt mit Kampffjets auf Drohnen zu schießen, benötigen wir ein verzahntes und agiles technologisches Ökosystem, mit dem wir sofort reaktionsfähig sind. Wir müssen schnellstmöglich eine funktionierende Drohnenabwehr aufbauen.“

„Für uns ist die Einbürgerung das Ende eines Integrationsprozesses & dieser Integrationsprozess braucht eben auch seine Zeit, um die Sprache zu lernen, sich einleben zu können & für sich und seine Familie sorgen zu können. Ein Teil unserer Gesellschaft zu werden. Deswegen ist es gut, dass wir die Turbo-Einbürgerung abschaffen.“

Alexander Hoffmann:

„Der 20-Punkte-Plan von Präsident Trump teilt unsere Linie, dass es maximaler Druck auf die Hamas ist, der in Gaza überhaupt noch Frieden bringen kann und eben nicht einseitiger Druck auf Israel.“